

EVP befürwortet Asylgesetzrevision

Bericht von der 97. EVP CH Delegiertenversammlung in Buchs/AG vom 02.04.2016

Nach der Eröffnung der Tagung durch unsere Präsidentin Marianne Streiff-Feller und den besinnlichen Worten von Pf. Martin Keller, Kirchgemeinde Urtenen-Schönbühl/BE, wurden folgende 4 Eidg. Vorlagen (Abstimmung am 05.06.2016) behandelt.

Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“

Diese Vorlage wurde als Pro-Referentin, Frau NR Yvonne Feri, SP Wettingen und als Contra-Referentin von unserer NR Maja Ingold vorgestellt.

Yvonne Feri war darum bemüht darzulegen, dass in der Gesellschaft einen Wandel von der Arbeit zum Individuum stattfinden müsse. Nicht die Arbeit alleine müsse entlohnt werden, sondern auch die Freiwilligenarbeit wie sie gerade auch die Hausfrauen tagtäglich verrichten. Zudem würde die immer stärkere Digitali- und Roboterisierung den Menschen immer mehr die Existenz entziehen. Mit Hinweis auf das rechtsbürgerliche Parlament, konnte Frau Feri auf Nachfrage nicht ausschliessen, dass das bedingungslose Einkommen schlussendlich nicht wie von den Initianten gefordert bei Fr. 2'500.00 pro Person sondern bei z.B. lediglich Fr. 1'000.00 festgesetzt wird.

Maja Ingold wies auf die geschätzten Kosten von 208 Mrd. Franken hin, die eine Annahme der Vorlage bedeuten würde. Davon könnten lediglich 55 Mrd. Franken aus bestehenden Sozialleistungen abgedeckt werden. Die restlichen 153 Mrd. Franken müssten über Steuern neu erhoben werden. Nach Ansicht von Maja Ingold ist das heutige Sozialdienstleistungssystem gut austariert. Zudem stellte sie in Frage ob ein solches Giesskannensystem die Motivation zur Arbeitsleistung untergrabe.

Die lange Rednerliste zeigte, dass die Abstimmungsvorlage die Delegierten stark bewegte.

Die Vorlage wurde dann mit 97 NEIN zu 23 JA bei 5 Enthaltungen klar zur Ablehnung empfohlen.

Änderung vom 25.09.2015 des Asylgesetzes

Die Pro-Argumente wurden von Marianne Streiff dargelegt. Dabei legte sie nachvollziehbar dar, dass gerade der Hauptkritikpunkt der SVP – nämlich die Gratisanwälte – für ein beschleunigtes Verfahren (max. 140 Tagen) und zu Kosteneinsparungen (ca. 110 Mio. Franken) führen werden. Auch der beabsichtigten Einführung eines neuen Plangenehmigungsverfahrens stand Marianne Streiff positiv gegenüber und beschwichtigte die von einzelnen Delegierten geäusserte Angst von Enteignungen.

Ganz anderes sah dies natürlich SVP NR Luzi Stamm der die Contra-Seite vertrat. Luzi Stamm, notabene selber Anwalt mit eigener Kanzlei, hegte grösste Bedenken an der Einführung von Gratisanwälten. Für ihn sendet dieser Rechtsschutz ein negatives Signal an die Flüchtlinge, was letztendlich zu einem grösseren Zustrom von Asylanten führen werde. Eine Antwort auf die Frage eines Delegierten, was die Lösung der SVP sei, blieb der Gastreferent bis zum Schluss (leider) schuldig.

Bei der Abstimmung votierten die Delegierten mit 122 JA zu 0 NEIN, bei 3 Enthaltungen für die Asylgesetzänderung.

Volksinitiative „Pro Service Public“

Da die Volksinitiative bereits bei den Abstimmungen in den beiden Räten (Ständerat 43 zu 0 Stimmen, Nationalrat 196 zu 0 Stimmen) jeweils Einstimmig abgelehnt worden ist, wurde auf die Einladung eines Pro-Referenten verzichtet.

Es war dann unsere NR Maja Ingold, welche den Delegierten die Vorlage im Einzelnen vorstellte. In der Wertung obsiegten für sie die Nein-Argumente klar. So vertrat sie die Meinung, dass die Initiative die Berg- und Landregionen in Bezug auf den Service-Public stark benachteiligen werde. Die Forderung, dass die für die Grundversorgung zuständigen Betriebe keine Gewinne mehr erzielen dürften als nicht Zukunftstauglich. Es wurde jedoch erkannt, dass die neu gebildeten Organisationsstrukturen namentlich bei der Swisscom und der SBB zu einer nicht goutierten Verdoppelung der Managerlöhne (CEO) geführt habe, welche notabene deutlich über den Gehältern eines BundesratesIn liegen!

Die Delegierten lehnten in der Folge die Vorlage mit 19 JA zu 90 NEIN Stimmen bei 12 Enthaltungen ab.

Referendum zum Fortpflanzungsmedizin-Gesetz (FmedG)

Da die EVP Schweiz gegen das FmedG selber das Referendum lanciert hatte, wurde darüber keine Abstimmung durchgeführt. EVP Präsidentin Marianne Streiff danke den Anwesenden für die aktive Beteiligung bei der Unterschriftensammlung. Gleichzeitig bekräftigte sie, dass es alles daran zu setzen gelte um das neue FmedG in der heutigen Form zu verhindern.

Verabschiedung des Generalsekretärs Joel Blunier und des Sekretariatsmitarbeiters Werner Rieder

Mit je einer „standing ovation“ wurde sowohl der langjährige Generalsekretär Joel Blunier als auch Werner Rieder vom Generalsekretariat der EVP Schweiz verabschiedet.

Blunier stand der EVP seit 2002 als Generalsekretär. In dieser Zeit hat sich die EVP sehr positiv entwickelt. Neu wird ab dem 01.05.2016 Dominik Währy das Amt des Generalsekretärs bekleiden.

Werner Rieder war seit Jahrzehnten die „gute Seele“ beim Generalsekretariat der EVP Schweiz. Keiner diente der EVP im Sekretariat solange (ab 1985) wie er. Für die frei werdende Stelle konnte Frau Schnegg angestellt werden.

Fotoimpressionen:







Hugo Bosshart

Beringen, 02.04.2016